



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Frieden und Demokratie in Taiwan sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die jüngsten Äußerungen des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, die Wiedervereinigung der kommunistischen Volksrepublik Chinas mit Taiwan notfalls auch mit militärischen Mitteln herbeiführen zu wollen.

Der Landtag begrüßt angesichts des seit Langem schwelenden und sich jetzt weiter zuspitzenden Konflikts zwischen China und Taiwan die politischen Initiativen der Bundesregierung gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft für Frieden und Stabilität in der Indo-Pazifik-Region zu sorgen.

Der Landtag befürwortet eine Weiterentwicklung der EU-Partnerschaft mit Taiwan, insbesondere in Anbetracht der angespannten Sicherheitslage. Diese soll ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan als Wertepartner und wichtigem Wirtschaftspartner beinhalten mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Bereich der grünen Technologie und der Digitalwirtschaft einschließlich Halbleitern weiter zu vertiefen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das demokratische Taiwan zu unterstützen, parteiübergreifend Kräfte zu bündeln, um den Austausch zwischen den Parlamenten und Partnerstädten zu fördern und die freundschaftlichen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Taiwan und Bayern weiter zu vertiefen.

Begründung:

Taiwan gilt seit Aufhebung des Kriegsrechts 1987 als Demokratievorbild in Asien. Der Inselstaat weist die größte Meinungs- und Pressefreiheit aller asiatischen Staaten auf, im Demokratieindex 2020 liegt er auf Platz 26, nach Japan.

China betrachtet das demokratisch regierte Taiwan als „abtrünnige Provinz“ und als Teil der kommunistischen Volksrepublik. Seit Jahren strebt China die Wiedervereinigung mit Taiwan an und setzt es mit militärischen Drohgebärden, wirtschaftlichen und politischen Repressalien unter Druck. Der Inselstaat Taiwan beharrt indessen auf seiner Eigenständigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung gegenüber China.

Das Konfliktpotenzial zwischen der freiheitlichen Inselrepublik und dem unter Staatspräsident Xi Jinping zunehmend autoritärer und nationalistischer werdenden China hat sich indessen immer weiter vergrößert. Nachdem sich der chinesische Staatspräsident Xi Jinping seine dritte Amtszeit als Generalsekretär der Kommunistischen Partei auf dem Parteitag in Peking (16. bis 22. Oktober 2022) gesichert hat, droht er nun offen mit der militärischen Eroberung der Insel.

Bei einem Treffen mit einer fraktionsübergreifenden Delegation bestehend aus Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags in Taiwan im Oktober 2022 hat die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen Deutschland für die Unterstützung in internationalen Foren gedankt und den Einsatz der Bundesregierung im Rahmen ihres derzeitigen G7-Vorsitzes insbesondere für Frieden und Stabilität in der Meerenge der Taiwanstraße gelobt. Auch die Resolution des Bundestags für eine Teilnahme Taiwans an der Weltgesundheitsversammlung (WHA) bezeichnete die Präsidentin als wichtig (Die Zeit, 24.10.22). Der Bayerische Landtag hat bereits Anfang des Jahres ebenfalls eine Resolution verabschiedet, die Taiwans Teilnahme als Beobachter an der WHA unterstützte.

Der 2020 im Landtag gegründete überparteiliche Freundeskreis Bayern-Taiwan unter Vorsitz des SPD-Abgeordneten und Vizepräsidenten des Landtags Markus Rinderspacher setzt sich für die Unterstützung des demokratischen Taiwan ein und hat sich zum Ziel gesetzt, die Beziehungen zwischen demokratischen und freien Bürgern auf beiden Seiten weiter zu stärken sowie die bereits engen wirtschaftlichen und akademischen Beziehungen zwischen Bayern und Taiwan auszubauen. Dies ist umso wichtiger als „Ohne Chips aus Taiwan in Bayerns Wirtschaft wenig geht“ (BR, 08.08.2022). Die Spannungen zwischen China und Taiwan sind für die bayerischen Unternehmen Anlass zu großer Sorge, denn ein Großteil der von Bayerns Wirtschaft verwendeten Halbleitern kommt aus Taiwan.